

# Franz Januschek: Die Krise und der Alltagsdiskurs: eine Krise zwischen den Zeilen?

---

**Franz Januschek**

**Die Krise und der Alltagsdiskurs: eine Krise zwischen den Zeilen?**

Manuskript des Vortrages an der Tagung "Krise! Welche Krise?"

Der Begriff „Krise“ wird auf verschiedenen Ebenen der Bewusstheit gebildet. Unmittelbar zugänglich ist die Ebene der intellektuellen Auseinandersetzung, wie sie seit Monaten kontrovers und in breiter Vielfalt in allen Medien geführt wird. Es dürfte kaum möglich sein, auf dieser Ebene einen einheitlichen und von einer Mehrheit geteilten Begriff zu finden. Eine weitere Ebene der Begriffsbildung wird bei der Betrachtung von sprachlichen und grafischen Bildern zugänglich, also kognitiven Metaphern und Kollektivsymbolen. Auf dieser Ebene ist z.B. das Bild des „gierigen“ Bankers oder Spekulanten angesiedelt.

Ich möchte für die Analyse einer dritten Ebene der Bewusstheit plädieren, die sich eher im Nebensächlichen äußert. Dort sollte erkennbar werden, welche Einstellungen und Haltungen Menschen entwickeln, wenn sie gerade nicht kontrolliert über das Thema nachdenken. So wie bekanntlich das aufrichtige Bekenntnis, man sei kein Ausländerfeind, keineswegs etwas über den tatsächlichen Begriff, den der betreffende Mensch von „Ausländern“ und zu ihnen entwickelt hat, aussagt, so sagt auch der bewusst in der Öffentlichkeit diskutierte Begriff „Krise“ nicht mit Sicherheit schon etwas darüber aus, was die Menschen tatsächlich darüber denken – und wie sie handeln werden, wenn es sie ganz persönlich und vielleicht auch massenhaft trifft. Zu diesem Zweck ist es sinnvoll, Alltagsdiskurse zu analysieren und dabei auf subtile sprachliche Feinheiten zu achten. Dies will ich mit Mitteln der Kritischen Diskursanalyse an einigen Beispielen zeigen.

## **Zur Kollektivsymbolik der Krise**

Um meinen Ansatz zu verdeutlichen, will ich zunächst kurz auf die Analyse der zweiten von mir genannten Ebene eingehen. Bereits ganz kurz nach den ersten Nachrichten über das Aus für die „Lehmann Bros.“-Bank in den USA wurde das Geschehen global interpretiert und bildlich-metaphorisch auf Begriffe gebracht: Wolkenkratzer stürzten ein oder wurden zum Einsturz gebracht und die „Gier“ spekulierender (zockender) „Banker“ (nicht etwa „Bankiers“ oder „Bankvorstände“) wurde geradezu sprichwörtlich.

Als Grundübel wurde mangelndes „Vertrauen“ der Banken untereinander identifiziert, das sie davon abhielt, einander mit Krediten auszuhelfen. Katastrophismus also einerseits und Moralisierung andererseits. Hängen geblieben scheint bis heute nur die Moralisierung zu sein: Banker stehen immer noch unter dem Verdacht der „Gier“. Dass diese Moralisierungen nichts taugen, wurde bereits unfreiwillig beim Thema „Vertrauen“ deutlich. Denn der Ausdruck „Kredit“ bedeutet ja wörtlich bereits „Vertrauen“, so dass es tautologisch ist, wenn man die Verweigerung von Krediten mit mangelndem Vertrauen erklärt. Das Entscheidende ist, dass in Wirklichkeit die Vergabe von Krediten schon lange nichts mehr mit zwischenmenschlichem Vertrauen zu tun hat, sondern mit der rationalen Kalkulation eines Ausfallrisikos. Wenn dieses Risiko, wie in der Finanzkrise, nicht mehr rational kalkuliert werden kann, hilft zwischenmenschliches Vertrauen überhaupt nichts.

Die Figur des gierigen Bankers spielt im öffentlichen Diskurs eine durchaus wichtige Rolle; und dies wurde gerade auch von Kollegen der KDA herausgearbeitet. Die Frage ist allerdings, welche Rolle genau. Ein einfacher Bürger nämlich, der etwa sein Ersparnis von der Bank abhebt und den Bankangestellten entgegen schleuderte: „Ihr kriegt mein Geld nicht, ihr seid alle bloß gierig“ würde sich damit sicher lächerlich machen und sich selbst aus der vernünftigen Kommunikationsgemeinschaft ausschließen. Es sind nämlich nicht alle Bankleute gierig; und das weiß der normale Bürger auch. Fast ebenso lächerlich würde man sich aber auch machen, wenn man einige bestimmte Banker (dazu gehört in Deutschland vor allem der Herr Ackermann) herauspickte und als gierige Verantwortliche für den ganzen Krisenschlamassel an den Pranger stellte. Denn auch das gehört zum Allgemeinwissen: Es sind sehr viele in die Verantwortung verstrickt, vielleicht sogar alle irgendwie, vielleicht sogar wir, die wir von der Bank einen guten Zins für unsere Ersparnisse erwarten. Mit anderen Worten: Die Figur des „gierigen Bankers“ spielt zwar an der diskursiven Oberfläche eine Rolle, aber es gehört zum Reglement unserer Diskurse dazu, dass man solche Figuren nicht allzu ernst nimmt.

Der Ausdruck Krise ist seit vielen Jahrzehnten im deutschsprachigen öffentlichen Sprachgebrauch, wie auch im privaten. Mit ihm wurden seit jeher die verschiedensten problematischen Situationen bezeichnet, die einer – womöglich riskanten – Entscheidung bedurften (und das entspricht sogar der etymologischen Herkunft des Ausdrucks). Daraus ergibt sich, dass der Ausdruck nur dann sinnvoll gebraucht werden kann, wenn im jeweiligen Kontext klar ist, von welcher Krise gerade die Rede ist: einer privaten Sinn- oder Beziehungskrise, einer Regierungskrise, einer Formkrise im Sport oder einer diplomatischen Krise wie der Kuba-Krise. Keine dieser Krisen kann oder konnte man zum Thema eines Textes oder Gesprächs machen, ohne erst einmal zu sagen, welche Krise gemeint ist. Einmal in den jeweiligen Kontext eingeführt, kann dann einfach mit „Krise“ darauf Bezug genommen werden. Das Besondere an der derzeitigen globalen Finanzkrise ist u.a., dass man sie sprachlich nicht zu spezifizieren braucht, um spontan verstanden zu werden.

Ich analysiere zunächst einen zufällig gefundenen Zeitungstext:

In einem Dossier der Wochenzeitschrift „Die Zeit“ zum Thema „Ein Land verlernt das Lesen“ finden sich u.a. die folgenden Zeilen:

(...) Deshalb, davon ist Jansen überzeugt, mache das Lesen den Unterschied zwischen einem guten und einem mäßigen Konzernvorstand aus.

Vielleicht wäre die Finanzkrise, wie sie derzeit die Welt erschüttert, mit Jansens Lesemenschen nicht so schlimm geworden. Schließlich haben sich die Finanzmenschen nur auf Buchstabenfolgen wie AAA verlassen, wenn es um die Qualität von Geldanlagen ging. Hätten sie nachgelesen, nachgefragt, vielleicht hätten sie dann die Widersprüche entdeckt.[Hervorh. von mir - FJ]

Aber würde die Welt besser funktionieren, wenn sich jeder mit schöner Lektüre beschäftigt? Peter Walburg findet eine solche Sichtweise abwegig.(...)

Die >>> Reportage ist insgesamt an die 4000 Wörter lang und dreht sich um verschiedene Menschen, die mit dem Problem abnehmender Lesefähigkeiten zu tun haben. Herr Jansen, von dem hier die Rede ist, ist Präsident einer privaten Universität und vertritt die Auffassung, dass die Fähigkeit, viele komplexe Texte (auch soziologischer und literarischer Genres) zu lesen, für Manager und Wirtschaftsfachleute wichtiger sei denn je.

Die knapp 50 von 4000 Wörtern sind die einzigen, in denen es um die Krise geht. Wieso kommt der Autor des Textes (und vielleicht auch Herr Jansen selbst) auf die Idee, das Thema „abnehmende Lesefähigkeiten“ mit der Finanzkrise in Beziehung zu bringen? Und wieso fügt er (oder der für die Überschriften zuständige Redakteur) ausgerechnet hier (vor dem zweiten hier zitierten Absatz) die folgende Zwischenüberschrift ein:

Hätte es die Krise auch gegeben, wenn Manager mehr lesen würden?

Auffällig ist daran auch, dass die explizite Formulierung im Text: „die Finanzkrise, wie sie derzeit die Welt erschüttert“ in der Zwischenüberschrift zu „die Krise“ eingedampft wird. Natürlich sind Zwischenüberschriften dazu da, Aufmerksamkeit zu erwecken; und daraus kann man schließen, dass der Ausdruck „Krise“ als bereits für sich allein verständlich unterstellt wird. Die explizite Formulierung im Text wäre also offenbar gar nicht nötig gewesen.

Man kann zunächst Folgendes festhalten:

- Die Zeitschriftenredaktion und der Autor setzen bei ihren LeserInnen voraus, dass diese unter „die Krise“ die derzeitige Finanzkrise verstehen, auch wenn im Kontext von völlig anderen Themen die Rede ist.
- Der Autor hat keine präzise Vorstellung über die Ursachen der Finanzkrise und findet das offenbar auch nicht anstößig, unterstellt womöglich seiner Leserschaft die gleiche Unklarheit.
- Der Autor findet es nicht abwegig, seiner Leserschaft eine thematische Verbindung der folgenden Art zu präsentieren: mangelnde Lesefähigkeiten bei Managern – Unfähigkeit, komplexe Wirtschafts- und Finanzdaten zu deuten – weltweite Finanzkrise.

Zum Vergleich: Wie wäre es, wenn ein Zeit-Autor die folgende Verbindung herstellen würde: mangelnde Lesefähigkeiten bei den Taliban – Unfähigkeit, Korantexte zu interpretieren – weltweiter Afghanistan-Krieg? Und dazu der Zwischentitel: Hätte es den Krieg auch gegeben, wenn die Taliban mehr lesen würden? Vermutlich hätte die Redaktion so etwas nicht durchgehen lassen, um sich bei ihren LeserInnen nicht lächerlich zu machen; und der Autor wäre auch gar nicht auf einen derart abstrusen Gedanken gekommen (obwohl es wahrscheinlich zutrifft, dass die Taliban nur begrenzten Zugang zu differenzierten Verfahren der Deutung heiliger Texte haben).

Im Gegensatz zum Afghanistan-Krieg (in dem immerhin massenweise Menschen sterben oder verstümmelt werden, auch Deutsche) hat die Krise etwas mit uns allen zu tun: Man gilt nicht als total abgedreht, wenn man sie mit mehr oder weniger alltäglichen Problemen in Verbindung bringt, auch wenn man weiß, dass man im alltäglichen Leben (noch) gar nichts von ihr bemerkt hat.

Man könnte diesen Alltagsbegriff von Krise „dumpf“ nennen. Ihm fehlt begriffliche Klarheit ebenso wie sinnliche Anschaulichkeit. Aber er steht außer Streit, und das macht seine Brisanz aus. Er kann mit diversen Themen in Beziehung gebracht werden und ist damit sozusagen ein „Joker“ in Argumentationen. Die Krise darf nicht nur – ohne Plausibilitätsverlust – als Ursache oder Begründung für Diverses angeführt werden, sondern diverse Prozesse oder Handlungen dürfen auch als Ursachen der Krise genannt werden. Für populistische Agitation ist das eine gute Ressource.

Dass es sich um einen „dumpfen“ Begriff handelt, bedeutet nicht etwa völlige semantische Leere. Es geht bei der Krise um ein ungelöstes Problem der globalen Wirtschafts- und Finanzwelt, von dessen Bewältigung das Schicksal aller Menschen in mehr oder weniger starkem Maße abhängt – so viel dürfte durchaus klar sein. Das besagt aber noch nichts über Ursachen, Verantwortlichkeiten oder gebotene Maßnahmen.

Ich schreite nun voran zu einer Gesamt-Analyse einer einzelnen Zeitungsausgabe.

Obwohl wir gelegentlich den Eindruck haben, die Krise sei seit dem US-Bankenzusammenbruch ein Top-Thema in allen öffentlichen Diskursen, muss man bei unvoreingenommener Betrachtung dieser Diskurse feststellen, dass relativ selten davon die Rede ist. In der Wochenendausgabe der FR vom 21.11.2009 wurde die Krise in nur 12 von mehreren hundert Artikeln (auf 88 ausgewerteten Seiten) überhaupt erwähnt, aber spielte nur in dreien davon eine thematisch zentrale Rolle. Nur vier jener zwölf Artikel befanden sich außerhalb des Wirtschaftsteils. Das sollte dennoch nicht so interpretiert werden, dass die Krise in Wirklichkeit nur eine unbedeutende Rolle spielte. In den Stellenanzeigen im umfangreichen „Karriere“-Teil kam das Thema nämlich z.B. gar nicht vor, obwohl es mit Sicherheit sowohl von Stellenanbietern als auch Stellenbewerbern zur Zeit ständig bedacht werden muss. Man darf aber vielleicht annehmen, dass im Kontext „Werbung“ ein derart heikles Thema nach Möglichkeit vermieden wird, so dass sich das Thema Krise dort in verkleideter Form finden wird. (Das ließe sich mit linguistischen Mitteln durchaus feststellen.)

Ich möchte nun diese 12 „Stellen“ in der FR etwas genauer betrachten.

Auf >>> S. 15 im Wirtschaftsteil findet sich ein großer Artikel mit dem Titel „VW startet durch“, in dem es um

große Investitionen des VW-Konzerns geht. Darin findet sich die folgende Bemerkung.

Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff ist „erleichtert, dass der Automobilstandort Osnabrück nach jahrelangen Bemühungen gerettet ist – und das in Zeiten einer schweren Wirtschaftskrise“.

Auf den ersten Blick ist das eine völlig einleuchtende Bemerkung; man könnte sie geradezu als Pflichtbemerkung betrachten – sowohl für den Ministerpräsidenten des zuständigen Bundeslandes als auch für die Wirtschaftsjournalistin, die das Zitat bringt. Eben darin liegt aber auch das Bemerkenswerte: Werksschließungen mit Arbeitsplatzvernichtung sind ja ein Dauerthema der Wirtschaftspolitik, und ebenso die Übernahme insolventer Unternehmen durch solvente. Hier wird also ein alltäglicher ökonomischer Vorgang mittels des Begriffs Krise symbolisch aufgewertet. Die Aufwertung erfolgt dann mit Hilfe der Metapher vom „Durchstarten“, also dem Verzicht auf eine Ruhepause, weil diese womöglich zur „ewigen“ Ruhe führen könnte. Die Metaphorik wird dann von der Redakteurin in ihrem Kommentar ausgeführt:

Mitten in der Krise kräftig durchzustarten und Milliardeninvestitionen anzukündigen, klingt mutig. Es ist aber vor allem eine gezielte Werbestrategie, um Kunden, Investoren und Beschäftigte für Volkswagen einzunehmen. (...) Die geplanten Milliardeninvestitionen klingen für einen Normalverdiener zunächst beeindruckend. Sie liegen bei VW aber durchaus im Rahmen der vergangenen Jahre. Dass sie trotz Krise nicht deutlich heruntergefahren werden, ist löblich, aber auch nötig. Denn sonst würde VW den Vorsprung von Toyota nie egalisieren.

Hier wird die Nutzung der Krise als Unternehmens-Werbung dargestellt. Erstaunlich ist dabei eine Widersprüchlichkeit: Einerseits beschreibt die Journalistin die Vorgänge als rationales unternehmerisches Handeln angesichts einer normalen Rezession, andererseits setzt sie „die Krise“ als ein nicht näher zu beschreibendes globales Verhängnis voraus, dem man durch „Durchstarten“ zu entkommen versuchen kann.

Auf der >>> folgenden Seite finden wir ein langes Interview mit dem MP von NRW, Rüttgers, über einen von ihm mitinitiierten Aufruf von Unternehmern und Politikern zur „Versöhnung“ von Politik und Wirtschaft zwecks gemeinsamer Überwindung der Krise. Der Inhalt des Interviews und des ebenfalls abgedruckten Aufrufs ist ein Musterbeispiel politischer Wolkigkeit und Verbosität; es findet sich absolut nichts Konkretes darin, auf das man irgendjemanden festnageln könnte. Umso interessanter ist aber auch hier die selbstverständliche Unterstellung, dass jedermann weiß, was „die Krise“ ist, dass diese nur langfristig zu überwinden ist, dass es sich keineswegs um einen der üblichen Konjunkturerinbrüche handelt und dass nicht etwa die Politik daran schuld ist, sondern die Wirtschaft:

Die Wirtschaft hat vielfach geglaubt, ohne die Politik auszukommen. Die Politik hat sich an einer Manager- und Unternehmerschelte beteiligt.

Hier ist für jeden Sprachkundigen zwischen den Zeilen zu lesen, dass der Fehler der Wirtschaft nicht ihr „Glaube“ an ihre Autonomie war, sondern die konkreten Folgen dieses Glaubens. Denn einen bloßen „Glauben“ wirft man in unserer Kultur schon lange niemandem mehr vor. Auf der anderen Seite ist ebenso deutlich, dass man, wenn man den Politikern ihre „Unternehmerschelte“ vorwirft, durchaus voraussetzt, dass es beklagenswerte Missstände

gibt – nur dass man eben „die Unternehmer“ dafür nicht verantwortlich machen solle.

Herr Rüttgers, ist Ihnen Ihre Kritik an wild gewordenen Managern und „Turbokapitalisten“ inzwischen selbst unheimlich?

Nein. Diese Kritik war notwendig. Sie darf natürlich nicht verallgemeinert werden. Es ist ja richtig, dass die weit überwiegende Zahl der Unternehmer keine Schuld an der gegenwärtigen Krise hat. Aus zahlreichen Gesprächen mit Unternehmern ist bei mir die Erkenntnis erwachsen, dass viele von ihnen sich zu Unrecht angeprangert sehen und sagen: „Was kann ich denn für die Krise?“ Wirtschaft und Politik müssen wechselseitig Frust und Überdross überwinden und sich auf gemeinsame Ziele verständigen.

Erst auf den zweiten Blick fällt auch auf, dass in dem Interview und dem dazugehörigen Aufruf stets vom Verhältnis zwischen Wirtschaft und Politik und in diesem Zusammenhang auch von Unternehmerschelte u.dgl. die Rede ist – obwohl doch nach allem, was man sachlich über „die Krise“ wusste, eigentlich das Finanzsystem deren Auslöser war, und gerade nicht die Realwirtschaft. Daran zeigt sich, dass die Kritik am Finanzsystem, oder noch genauer, an bestimmten Praktiken und Mitteln der Spekulation, mit großer Selbstverständlichkeit zur Kritik am gesamten Wirtschaftssystem, am Kapitalismus also, ausgeweitet wurde und als solche auch von den Vertretern eben dieses Systems unterstellt wurde. Gerade so als wenn man „die Atomlobby“ für die Erwärmung der Erdatmosphäre schelten würde. Das ist ein ganz entscheidender Punkt: Der Alltagsdiskurs geht davon aus, dass es sich bei „der Krise“ nicht um eine durch böse gierige Banker hervorgerufene Katastrophe handelt, sondern um eine Systemkrise des Kapitalismus. Das muss man normalen Leuten nicht erst erklären: das glauben sie ohnehin. Und diejenigen, die das nicht glauben wollen, sind es, die unter Erklärungsdruck stehen. In diesem Sinne ist es folgerichtig, wenn in dem abgedruckten Aufruf formuliert wird:

Wirtschaft und Politik müssen sich auf gemeinsame Ziele verständigen:

- Die Soziale Marktwirtschaft ist auch zukünftig unser Wirtschafts- und Gesellschaftssystem.
- (...)

Soziale Marktwirtschaft ist bekanntlich das spezielle Etikett für den (west)deutschen Kapitalismus, mit dem er nach dem 2. Weltkrieg für die Bevölkerung akzeptabel gemacht werden sollte. Dass man sich jetzt erst auf die Soziale Marktwirtschaft als fortdauernde Gesellschaftsform verständigen müsse, setzt offenkundig voraus, dass Wirtschaft und Politik sich darauf noch nicht verständigt hätten. Das kann aber nur so gemeint sein, dass der Kapitalismus in der Diskussion stand, denn an der sozialen Marktwirtschaft, wenn sie denn sozial ist, wurde als solcher gar kein Anstoß genommen.

Allerdings ist der Alltagsdiskurs in diesem Punkt durchaus widersprüchlich: Auch wenn er „die Krise“ als Systemkrise unterstellt, so geht er doch ganz selbstverständlich davon aus, dass man nach Verantwortlichen suchen muss, und dass es auch Verantwortliche für die Überwindung der Krise gibt. Das wird auf der nächsten Seite ganz deutlich in einem ausführlichen Artikel über einen Auftritt des Bundesfinanzministers >>> Schäuble

vor dem Europäischen Bankkongress. Der Artikel kreist um das Thema, wie stark und von wem die versammelten Bankmanager ins Gebet genommen werden. Der Journalist nimmt an keiner Stelle Anstoß daran, dass verschiedene PolitikerInnen den Bankmanagern (und sich selbst) ein gehöriges Maß an Verantwortung für vernünftiges Handeln zur Überwindung der Krise zuschreiben, indem

- ihnen die Leviten gelesen werden
- ihnen ins Gewissen geredet wird
- an ihre Verantwortung appelliert wird
- eine Idee als unzureichend bezeichnet wird
- das Geldgewerbe zur Demut ermahnt wird
- beklagt wird, dass sie keine Lehren aus der Krise gezogen haben und munter weitermachen wie zuvor
- um ihre aktive Mithilfe bei der Festigung der Sozialen Marktwirtschaft gebeten wird
- sie davor gewarnt werden, kein Interesse mehr an der Realwirtschaft zu zeigen
- der Staat Impulse setzen müsse.

In unmittelbarem Zusammenhang damit wird festgestellt, „neue Blasen an den Finanzmärkten“ bildeten sich „diesmal in den aufstrebenden Volkswirtschaften und werden in zwei Jahren platzen“. Beides ist schwer miteinander zu vereinbaren, denn das „Platzen der Blasen“ ist doch gerade das, was man die versammelten Banker zu verhindern bewegen möchte. Wie kann man es dann als Naturereignis hinstellen? Es ist allerdings davon auszugehen, dass dieser eklatante Widerspruch den normalen ZeitungsleserInnen überhaupt nicht auffällt, eher im Gegenteil. Im Umkehrschluss können wir daraus entnehmen, dass der Alltagsdiskurs die Krise zwar einerseits als Systemkrise betrachtet, aber andererseits doch immer nach Schuldigen und auch nach Rettern sucht. Der Gedanke, dass eine Systemkrise nicht durch Retter überwunden werden kann, dass uns also kein höheres Wesen rettet, sondern dass wir das nur selber tun können, gehört nicht zu diesem Alltagsdiskurs.

Unten auf derselben Seite findet sich ein kleiner Artikel „Ärger bei >>> Goldman“ über Empörung über erneut hohe Bonuszahlungen bei der Goldman Sachs Bank:

Hintergrund sind die zehn Milliarden Dollar Staatshilfen, die die Bank während der Finanzkrise erhalten hatte. Goldman hat das Geld mittlerweile zurückgezahlt.

Ohne die Voraussetzung, es sei unmoralisch, hohe Boni zu zahlen, wenn man zuvor erhebliche Staatshilfen erhalten habe, wäre dieser Artikel nicht sinnvoll. Diese Voraussetzung ist keineswegs trivial, denn die Staatshilfen waren ja kein Freundschaftsdienst, sondern waren in der Öffentlichkeit als staatliche Selbstschutzmaßnahme gerechtfertigt worden, um einen globalen Kollaps durch Dominoeffekte zu verhindern. So wäre es also durchaus logisch gewesen, der Bank Beifall zu spenden, weil sie mittels hoher Boni diejenigen Köpfe an sich binde, die die Bank am besten durch die Krise steuern können. Das wäre aber wohl für den normalen Leser eine Zumutung gewesen: Er sieht das staatliche Krisenmanagement durchaus als freundliche Hilfe des Steuerzahlers für Not leidende Kapitalisten an und erwartet deren Dankbarkeit und Demut.

Der Artikel auf >>> S. 18 berichtet über Probleme des deutschen Insolvenzrechts. Viele insolvente Unternehmen könnten durch ein Planinsolvenzverfahren eigentlich vor der Pleite gerettet werden, v.a. wenn darin einige

kleinere Änderungen vorgenommen würden, und das sei gerade in der Finanzkrise ein Vorteil. Hier erscheint „die Finanzkrise“ als ein Problem, mit dem ein Unternehmen im konkreten Fall durchaus fertig werden könnte. Darin kann man einen Widerspruch zum Begriff der Krise als einer Systemkrise sehen. Das muss an anderer Stelle erörtert werden.

In einem kleinen Artikel über die Beilegung des >>> Gasstreits zwischen Russland und der Ukraine ist von der „schwer von der Wirtschaftskrise gebeutelte(n) Ukraine“ die Rede, was hier nur insoweit von Belang ist, als dabei vorausgesetzt wird, dass einige Länder mehr und andere weniger „gebeutelt“ sind. Das wiederum impliziert die Vermutung, dass es Krisenverlierer und Krisengewinner geben werde, und zwar als Nationen bzw. jeweilige Volkswirtschaften. Auch das widerspricht der Vorstellung von einer globalen Kapitalismuskrise.

Im >>> Feuilleton lesen wir die Glosse „Vampirstern“, in der es um die populäre Darstellung neuerer astronomischer Forschungen zur „Dunklen Materie“ geht. Dem Autor fällt zu den Vermutungen über unheimliche Supernovae, sog. „Weiße Zwerge“, die womöglich irgendwann unsere Erde und vielleicht auch unser Sonnensystem einfach in sich einsaugen und vernichten würden, Folgendes ein:

Wahrscheinlich haben sich, bis es so weit ist, die Metaphern verschoben. Der dann schon hinter uns liegende Kollaps des Weltfinanzsystems wäre eine gute Analogisierungsquelle für Supernovae, und strukturierte Finanzprodukte wären ein prima Synonym für Dunkle Energie. Keiner wird dann noch von Vampiren reden.

Das gewählte Szenario, man könne ein solches Ereignis beobachten und mit Metaphern beschreiben, ist natürlich absurd. Durchaus nicht absurd ist allerdings die Selbstverständlichkeit, mit der der Autor sich und uns in eine Zeit fantasiert, wo der Kollaps des Weltfinanzsystems hinter uns liegt, wir aber noch darüber reden können. Dass die Tage dieses Systems gezählt sind, mag man als die heimliche Botschaft der Glosse verstehen – sie wird aber nicht im Modus der provokanten Behauptung, sondern der Vergewisserung eines stillen Einverständnisses mit den RezipientInnen übermittelt.

Ebenfalls im Feuilleton finden wir eine >>> Kolumne von Marcia Pally, die von Problemen beim Umtausch von Schweizer Franken in US-Dollars in den USA berichtet, wo ihr am Schalter einer großen Bank statt Schweizer Franken französische Francs berechnet wurden (obwohl diese ja seit Jahren durch den Euro ersetzt sind). Pally nimmt dieses Erlebnis zum Anlass für folgende Bemerkung:

Es hat bereits so viele gelehrte Artikel über unsere gegenwärtige Finanz- und Bankenkrise gegeben, zumal über deren Ursachen. Aber hat man schon irgendwo lesen können, dass hier eigentlich nur Inkompetenz im Spiel war?

Der Gegensatz, den Pally hier aufmacht, mag auf den ersten Blick entlarvend wirken; wirklich entlarvend ist aber, dass man ihn ohne Weiteres als Gegensatz zu akzeptieren geneigt ist. Denn über die Inkompetenz einiger hoher Bankmanager angesichts riskantester Finanztransaktionen wurde und wird doch reichlich geschrieben – zumindest in den deutschen Medien. Daraus kann man schließen, dass Pally die öffentliche Debatte über die Finanzkrise nicht als Debatte über die Inkompetenz von Finanzmanagern begriffen hat, sondern als „gelehrte“ Diskussion über allgemeine Ursachen – und zwar obwohl sie die Debatte über inkompetente und „gierige“

Fehlspekulationen mit Sicherheit mitgekriegt hat. Und wir, die wir ihren Text ohne Probleme „schlucken“, können diese Sichtweise offenbar nachvollziehen. Man kann diesen Widerspruch vielleicht folgendermaßen deuten: Im Grunde ahnen wir, dass „die Krise“ eine Systemkrise ist, deren Ursachen erforscht werden müssen; aber gelegentlich wünschen wir uns auch, dass es sich schlicht um die Inkompetenz Einzelner handelt, die als solche durch bessere Ausbildung zu heilen wäre.

Im 24-seitigen Stellenmarkt-Teil der Zeitung ist von der „Krise“ nur in einem der wenigen eingestreuten redaktionellen Artikel die Rede: „Vertrieb in der Krise. Je schwieriger die Zeiten, desto wichtiger der schnelle, aufrichtige Kontakt zwischen Kunden und Vertriebler“ – so die Überschrift. Der Artikel gibt sich als gut gemeinter Rat an Unternehmen für die Zeiten der Krise: Es sei besser, Kunden durch Vertrauensbildung langfristig an sich zu binden, anstatt nur auf kurzfristig hohe Verkaufszahlen zu schauen. Die Voraussetzung, dass vielen Unternehmen die Krise in Gestalt von Umsatzeinbrüchen zum Problem wird, dürfte weithin geteilt werden. Die >>> Lektüre des Artikels zeigt aber noch etwas anderes:

Nur durch Vertrauen – in Produkt und das Unternehmen – gewinnen Sie langfristig zufriedene Kunden, die Sie gern weiterempfehlen. Der stereotype Vertreter, der den Fuß in die Türe stellt, macht zwar schnell Umsätze, hat aber langfristig keinen Erfolg und läuft dem Umsatz hinterher statt umgekehrt.

Der gute Rat, der hier gegeben wird, hat mit der „Krise“ gar nichts zu tun; vielmehr ist es für die meisten Unternehmen immer ratsam, Kunden durch Vertrauen an sich zu binden – hingegen für „fliegende Händler“ u.ä. Unternehmen nie. Das heißt, der Autor des Artikels (selber Verkaufstrainer mit abgedruckter Web-Adresse) benutzt den Begriff Krise als aktuellen Werbe-Joker zur Vermarktung seiner krisenunabhängigen Ideen. Es wäre keineswegs überraschend, wenn ein anderer Verkaufstrainer an gleicher Stelle einen Werbeartikel mit folgenden Titel platzierte: „Gerade in der Krise die Umsätze steigern“. Auch dabei wäre die Krise lediglich ein Argumentations-Joker – und eben diese Facette des alltagsdiskursiven Krisenbegriffs zeigt sich also an dem vorliegenden Artikel.

Im 8-seitigen >>> Reisen-Teil der Zeitung beginnt ein mit „Luxus – und zwar für alle. Verkehrte Welt in der Hotellerie – Nobelherbergen werden immer billiger“ betitelter Artikel mit folgenden Worten:

Die Welten, die zwischen einem noblen Fünf-Sterne-Haus und einem preiswerten Budget-Hotel liegen, sind in der Krise dramatisch geschrumpft.

In dem Zitat wird präsupponiert, dass es nur eine Krise gibt, auf die man ohne weitere Spezifikationen eindeutig referieren kann, m.a.W., es wird vorausgesetzt, dass auch im Kontext von Urlaubsreisen und deren Planung die Krise, nämlich die Finanzkrise, ein nahe liegendes Thema ist. Dass dies auch substantiell zutrifft, ist tatsächlich das Thema des Artikels, in dem es um sinkende Preise von Nobelunterkünften und die Aufwertung preisgünstiger Hotelketten geht. Der Gestus des Artikels, die Krise mit der Wunschvorstellung „Luxus für alle“ in Verbindung zu bringen, sollte aber Anlass zu einem zweiten Nachdenken geben: Wieso empfinden wir diesen Gedanken nicht spontan als zynisch oder gar obszön, zumal der Artikel in zwei Spalten um ein großes Bild eines freundlich blickenden Gepäck schleppenden Hotelpagen gruppiert ist, der offenkundig den im Titel angesprochenen „Luxus“



repräsentieren soll? Denn immerhin wissen wir doch, dass „die Krise“ für viele Menschen in unserem Land den Verlust von Arbeit und Einkommen bedeutet und für viele in anderen (auch Urlaubs-)Ländern Hunger und Tod. Ist es ein Widerspruch, wenn wir in Stellenanzeigen jede Erwähnung der Krise vermeiden, im Kontext von Urlaubsreiseplanung aber unseren Nutzen aus der Krise zu kalkulieren bereit sind? Der Widerspruch lässt sich, so vermute ich, folgendermaßen auflösen: Stellenanzeigen lesen wir als Menschen, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen und damit von der Krise direkt mehr oder weniger bedroht sind. Die Reise-Seite lesen wir aber als KonsumentInnen, die über ihren erarbeiteten Lohn frei verfügen. Wir tanzen sozusagen auf dem Vulkan – um mal ein altes Bild zu gebrauchen.

Zusammenfassung:

Dem Alltagsbegriff von Krise fehlen zwar begriffliche Klarheit und sinnliche Anschaulichkeit. Er mag dumpf sein, ist aber keineswegs dumm. Die von mir gefundenen Facetten dieses Begriffs lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

- Die Krise hat etwas mit uns allen zu tun, auch wenn man im alltäglichen Leben (noch) gar nichts von ihr bemerkt hat.
- Die Krise ist wie ein „Argumentations-Joker“ mit ganz unterschiedlichen Themen in Beziehung zu bringen.
- Es handelt sich bei „der Krise“ nicht um eine durch böse gierige Banker hervorgerufene Katastrophe, sondern um eine Systemkrise des Kapitalismus.
- Es handelt sich nicht um einen der üblichen Konjunkturereintritte.
- Die Tage dieses Systems sind gezählt.
- Schuld an der Krise ist nicht eine bestimmte Politik, sondern die Wirtschaft.
- Die Krise ist nur langfristig zu überwinden.
- Trotzdem ist doch immer nach Schuldigen der Krise und auch nach Rettern zu suchen.
- Wider besseres Wissen hoffen wir, dass die Krise schlicht durch die Inkompetenz Einzelner entstanden wäre.
- Das staatliche Krisenmanagement ist eine freundliche Hilfe des Steuerzahlers für Not leidende Kapitalisten, von denen daher Dankbarkeit und Demut zu erwarten sind.
- Unternehmen können der Krise durch „Durchstarten“ zu entkommen versuchen.
- Unter den Nationen wird es Krisenverlierer und Krisengewinnler geben.
- Die Krise bedroht alle, aber kurzfristig kann man als Konsument auch von ihr profitieren und sich Luxus leisten.

Es muss nochmals betont werden, dass es sich bei keinem dieser Punkte um Thesen handelt, die von den JournalistInnen vertreten worden sind; manches würden sie wahrscheinlich sogar direkt zurückweisen. Es ging ausschließlich um die Beschreibung der Selbstverständlichkeiten, die AutorInnen und RezipientInnen teilen müssen, um die Texte als sinnvoll – und nicht als abstrus oder als Verletzung von Tabus – zu verstehen, selbst wenn sie die von den JournalistInnen vertretenen Ideen nicht teilen. Es geht um die Beschreibung der „Grenzen des Sagbaren“ im Sinne einer Kritischen Diskursanalyse nach Michel Foucault. Wie repräsentativ dieses linguistische Verfahren ist, lässt sich nicht messen. Die Grenzen liegen dort, wo Menschen die Texte dieser Zeitungsausgabe nicht verstehen oder als Tabubruch o.ä. verstehen. Diese haben dann einen anderen

Alltagsbegriff von der Krise.

Wozu kann eine solche Untersuchung nützlich sein?

Von der Sache (und nun nicht mehr von der Sprache) her betrachtet, ist die Krise offenbar eine Existenzkrise unseres kapitalistischen Wirtschaftssystems. Man kann mit einigen Gründen behaupten, dass die Mittel, mit denen sie zur Zeit überwunden werden soll, die Krise nur in die Zukunft verschieben, wo sie wahrscheinlich mit noch größerer Wucht wieder aufbrechen wird. Wenn das so ist, dann wäre ein anderes politisches Handeln notwendig, als wir es zur Zeit erleben. Diese Diagnose ist aber zunächst einmal eine rein rationale, die mir als ökonomischem Laien einleuchtet, die als solche aber auch bestritten werden kann und auch bestritten wird. Die Frage, welche politische Handlungsalternative sich letztlich durchsetzen wird, hängt aber nicht nur – und vielleicht nicht einmal hauptsächlich – davon ab, wer sich mit seiner Meinung im rationalen Diskurs durchsetzt, sondern in erheblichem Maße auch davon, welche Meinung der Mehrheit der Menschen plausibel erscheint: denen nämlich, die sich mangels Gelegenheit oder mangels Fähigkeit nicht ständig am rationalen Meinungsstreit beteiligen können. Gegen die Massen Politik zu machen ist in den westlichen Demokratien kaum möglich; und da hilft auch die Macht über Medien und andere Manipulationsinstrumente kaum weiter. Unter diesen Umständen kann man mit dem Ziel, die Politik radikal zu verändern, nur erfolgreich sein, wenn man den Menschen das, was sie „dumpf“ durchaus wissen, in klaren Begriffen spiegelt, so dass sie diese als die Aneignung ihrer eigenen Erfahrungen akzeptieren können. Eben dazu ist es sinnvoll, dem Volk, wie Martin Luther mal sagte, „aufs Maul zu schauen“.

Warum diskursanalytische Verfahren anstatt repräsentativer Umfragen über die Meinungen und Einstellungen der Menschen?

Psychologische Erhebungen befassen sich mit dem, was Individuen denken oder empfinden, diskursanalytische befassen sich mit dem, was die Menschen entsprechend akzeptierten Regeln sagen können. Sie begreifen das Reden bereits als Handeln, so dass es keinen qualitativen Unterschied zwischen dem gibt, was einer denkt und was er dann tut (obwohl es natürlich reichlich Brüche und Widersprüche im Handeln eines Menschen gibt). Wenn jemand z.B. in einem Interview angibt, er glaube, seine Rente sei sicher, so kann man daraus nicht schließen, er glaube, seine Rente sei sicher; vielmehr muss man die Frage stellen, unter welchen Umständen er das zu wem und zu welchen Mit-RezipientInnen sagt, und was das für diese und für ihn selbst für Konsequenzen hat. Dann ist es durchaus möglich, dass man feststellt, dass der gleiche Mensch alles Mögliche unternimmt, um seinen Alters-Lebensstandard besser abzusichern. Zweifel an der Sicherheit der Rente zu äußern, bringt einen ja in die Nähe bestimmter politischer Lager und könnte außerdem zu peinlichen Nachfragen über die persönlichen Vorsorgemaßnahmen Anlass geben. Kritisch-diskursanalytische Verfahren streben grundsätzlich nicht danach, solche „Störfaktoren“ zu neutralisieren (um an die genuinen Einstellungen eines Menschen heranzukommen), sondern die jeweilige Situation als Ganze zu verstehen und die dafür geltenden Regeln zu ermitteln und zu explizieren. Das ist also eine bestimmte Art des qualitativen Verfahrens, welches sich auf diskursive Interaktionen, und nicht auf Persönlichkeiten, und auf Regeln/Normen, und nicht auf Intentionen richtet.

Welche Arten von Diskurssträngen, Medien, etc. sollten untersucht werden?

Es ist wohl davon auszugehen, dass der Alltagsbegriff von der Krise durch weitere Untersuchungen noch erheblich genauer charakterisiert werden kann. Im spontanen Gespräch z.B. sind wir ja wesentlich stärker von ungesagten Selbstverständlichkeiten abhängig. Es lässt sich durchaus feststellen, inwieweit etwas bloß als selbstverständlich untergeschoben wird und daher zu entsprechenden Protesten oder Distanzierungen anderer Gesprächsbeteiligter führt. Das gilt für Alltagsgespräche ebenso wie für Fernsehsendungen verschiedenster Genres. Die Schwierigkeit besteht im Einzelnen immer darin, solche Daten zu finden, in denen die Krise nicht selbst das eigentliche Thema ist. An der Universität Oldenburg habe ich zur Zeit eine Arbeitsgruppe, in der u.a. Fernsehjournale sowie Interviews mit KommilitonInnen zu allgemeinen Fragen ihrer Berufsperspektive ausgewertet werden, eine Querschnittsanalyse zum Gebrauch des Ausdrucks „Krise“ in einer Reihe von Frauenzeitschriften und eine Internetrecherche zu verschiedenen Komposita mit Krise durchgeführt werden. Davon und von weiteren entsprechenden Untersuchungen verspreche ich mir ein treffenderes Bild der Funktionsweise unserer Diskurse, als es die Analyse theoretischer Diskussionen und Debatten liefern kann.